

Wirtschaft und Staat stehen gleichermassen in der Verantwortung

Dr. Gottlieb Keller, Präsident scienceindustries

08.01.2015 – Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich schliesse mich den Ausführungen meiner Vorredner an und möchte Ihnen ergänzend dazu die Sicht der chemisch-pharmazeutischen Industrie darlegen, die mit einem Anteil von über 40 Prozent aller Schweizer Gesamtexporte die umsatzstärkste Exportindustrie der Schweiz ist.

Die Unternehmen im Bereich Chemie, Pharma und Biotech sind überdurchschnittlich stark internationalisiert. Von der Schweiz aus leiten wir unsere weltweiten Geschäfte, führen rund einen Drittel unserer weltweiten Forschung durch und produzieren einen wesentlichen Teil unserer innovativen Medikamente, Pflanzenschutzmittel, Aromen und Riechstoffe und vieles mehr für den Weltbedarf. Von unseren Mitarbeitenden stammen über 45 Prozent aus der EU, sowohl sesshafte EU-Bürgerinnen und EU-Bürger wie auch Grenzgängerinnen und Grenzgänger, und rund zehn Prozent aus Drittstaaten.

Diese Fakten belegen das vitale Interesse unserer Industrie an einer weltoffenen und rechtssicheren Schweiz. Unsere Industrie braucht Rechtssicherheit bezüglich des künftigen Zugangs zu hoch qualifizierten Arbeitskräften und für Exporte und Importe. Dieser Zugang ist lebensnotwendig und der wesentliche Grund, weshalb wir uns zusammen mit anderen führenden Wirtschaftsverbänden für eine Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative einsetzen, bei der die bestehenden bilateralen Verträge weitergeführt werden können. Wir sind überzeugt, dass die heute präsentierte Schutzklausellösung der richtige Weg wäre.

Doch sollen auch alle staatlichen Stellen die Hausaufgaben machen. Ein grosser Teil der Zuwanderung geht direkt in den Staatsapparat. Gemäss der Beschäftigungsstatistik des Bundes waren 2013 nicht weniger als 1'036'000 Personen beim Staat, den Kantonen, Gemeinden oder bei staatsnahen Betrieben angestellt. 2009 waren es noch 918'000. Das entspricht einem Zuwachs um 13 Prozent. Seit Mitte der 1990er-Jahre ist die Anzahl staatlicher Stellen sogar um 40 Prozent gewachsen, während die Erwerbstätigkeit in der Schweiz insgesamt um lediglich 17 Prozent zugenommen hat. Dabei tritt der Staat teilweise zwar nicht direkt als Arbeitgeber für Zuwanderer auf, doch absorbiert er Arbeitskräfte, die dann der Wirtschaft fehlen. Ein Beitrag zur Lösung des Problems wäre deshalb ein Nullwachstum der Stellen im Staatssektor. Neue staatliche Arbeitsplätze sollen nur noch in Bereichen geschaffen werden, die entweder der Ausbildung dienen oder «produktive» Leistungen erbringen. Gleiches gilt auch für die Kantone und Gemeinden.

Lassen Sie mich auch kurz über das Asylwesen sprechen. Die Schweiz hat eine lange humanitäre Tradition, die wir aufrechterhalten wollen. Aber es geht auch darum, konkrete Verbesserungen vorzunehmen: Die durchschnittliche Verfahrensdauer bis zum Erstentscheid muss weiter verkürzt werden.

Gleichzeitig sollte aber auch die Integration in den Arbeitsmarkt verbessert werden, sodass Menschen, die in der Schweiz Asyl erhalten, auch als Arbeitskräfte eingesetzt werden können.

Zusammengefasst, und damit möchte ich schliessen, kann eine migrationspolitische Umstellung gelingen, wenn sich neben der Privatwirtschaft auch der öffentliche Sektor gleichermassen bemüht, den Bedarf der Zuwanderung zu dämpfen. Im besten Fall muss dann eine Schutzklausel, wie wir sie heute präsentiert haben, gar nie angerufen werden.